

Buchbinder-Zeitung.

Organ zur Vertretung der Interessen der Buchbinder, Portefeuillen-, Album-, Etuis-, Cartonnagen-Arbeiter
Liniierer etc. und deren Hilfsarbeiter.

Erscheint wöchentlich. Abonnementspreis für Nichtmitglieder 0,75 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Man abonniert bei allen Zeitungs Expeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition: E. F. H. L. T., Stuttgart, Olgastr. 97a. Inserate pro 3spaltige Petitzeile 20 Pfg., für Verbandsangehörige 10 Pfg.

Nr. 30.

Stuttgart, Sonnabend, den 24. Juli 1886.

2. Jahrg.

Der Farbendruck in der Buchbinderei.

Es ist nicht beabsichtigt, in nachfolgenden Zeilen theoretische Anleitung zur praktischen Ausführung von Farbendruck auf Leinwand — dieser modernsten Art der Buchdecken-Verzierung, zu geben. Abgesehen davon, daß die Verschiedenheit des Materials der Leinwand, noch mehr aber der zu verwendenden Druckfarben, in jedem einzelnen Falle womöglich eine von der gewöhnlichen Praxis abweichende Behandlung notwendig erscheinen lassen, hat auch jeder Presser seine eigenen Methoden, die er entweder als Geschäfts- oder als eigenes „Geheimniß“ profanen Augen und Ohren zu entziehen berechtigt zu sein glaubt. Wir wollen deshalb distret sein und nur unsern Gedanken über die Entstehung, Berechtigung und Zukunft der Farbendruck-Manier, oder eigentlich richtiger Manie, Ausdruck geben.

Wie unter der Herrschaft der freien Konkurrenz ein jeder Unternehmer gezwungen ist — sofern nämlich sein Geschäft einen Bestand haben soll — stets mit Neuheiten vor das laufende Publikum zu treten, seine Mitkonkurrenten möglichst im billigen Preis und in dem äußeren Ansehen seiner Waaren zu überflügeln, so machte sich auch bei den Buchbindern das Bedürfnis nach einer auffälligeren, ausdrucksvolleren Verzierung der Buchdecken geltend. Das Bronzieren der Einbanddecken, die letzte Neuerung auf diesem Gebiete, begann schon als veraltet betrachtet zu werden, man mußte nach neuem Zugmittel dem Buchhändler gegenüber, greifen. Ein praktischer Kopf hielt deshalb die Verwendung des Farbendruckes als am besten diesem Zwecke dienend.

Die Buchhändler, ebenfalls wie andere Geschäftsleute auf den Absatz ihrer Waaren bedacht, glaubten durch das farbenschildernde Äußere ihrer Bücher ihrerseits wieder Käufer für dieselben heranzulocken zu können und sind denn auch nur noch für Farbendruck zu haben, wenigstens für Gedichtsammlungen und ähnliche schöne Litteraturerscheinungen, bei denen überhaupt das prunkende Äußere oft den Mangel an innerem Gehalt verdecken muß. Man pflegte anfänglich hauptsächlich den sogenannten „Irisdruck“, der gewöhnlich über die ganze vordere Deckenfläche sich verbreitend, einen dunklen Farbenton allmählig in einen helleren übergehen ließ, je nachdem der Charakter der Plattenzeichnung, die dann meist in Schwarz auf dem Irisdruck ausgeführt wurde, es verlangte. Diese Art der Verzierung mochte noch angehen. Doch der Erfolg, den sie hatte, spornete zu kühneren Leistungen an, man wagte es nun schon, ganze Landschaften mit Menschen und Tieren und andere wildromantische Scenerien in den verschiedensten Farben auf den Buchdecken hervorzuzaubern. Ein Stein druckerei gleicht das Preßzinnmer mancher Buchbinderei heute. Betrachtet man dann die Erzeugnisse

des Pressers, so möchte man auch fast glauben, die Arbeit eines Stein druckers vor sich zu haben, so farbenreich ist die Ausführung, wenn nicht beim genauen Ansehen einige kleine Mängel, wie das Durchschimmern der andersfarbigen Leinwand oder Bronze oder ein aus praktischen Gründen „blauer“ Baum, ein „grünes“ Pferd und sonstige Naturfakenheiten dem unbefangenen Beurtheiler den Gedanken aufkommen ließen, daß dieselbe Scenerie in Stein druck ausgeführt, auf die Vorderseite der Buchdecke geklebt, und mit einer Linie in Gold oder Schwarz umdruckt, einen entschieden bessern Eindruck machen würde. Während in diesem Falle die Farbendruckmanie als unzulänglich abstoßend wirkt, wird selbst dann, wenn mit Hilfe verbesserter Technik ein Unterschied zwischen Stein- und Buchbinderpressendruck nicht mehr gefunden werden kann, der letzteren Manier nicht mehr als eine bewundernde Anerkennung eines „Kenners“ zu Theil werden, denn das große „Publikum“ wird dann um so mehr in der Vermuthung bestärkt werden, ein Stein druckbild vor sich zu haben.

Dies sind die Bedenken gegen die Verirrung der Farbendruckverwendung bei Verzierung der Buchdecken vom ästhetischen Standpunkt aus. Doch sind es nicht die Einzigen, auch materielle und praktische Bedenken lassen sich dagegen aufzählen. Der Verlags handel hat die schon oft und vergeblich bekämpfte Sitte oder vielmehr Unsitte, neue Verlagsartikel für die Weihnachtszeit oft wenige Monate früher dem Buchbinder zukommen zu lassen. Sind dann glücklich die verschiedenen Platten vom Graveur nach der Zeichnung im modernen Stile — selbstverständlich in Farbendruck — angefertigt, so beginnt das Pressen der Decken. Die Auflage soll nur einige Tausend sein, auch sollen — wir wollen bescheiden sein — höchstens 8—10 Farben die Vorderseite helfen verzieren, so werden immerhin Wochen darüber vergehen, bis die Decken fertiggestellt sind, da die Farben, um nicht unkenntlich zu werden, nach jedem einzelnen Druck genügend trocken sein müssen. Ziehen wir aber ferner in Betracht, daß jede größere Buchbinderei nicht nur ein, sondern mehrere solcher Werke zum Binden haben wird und womöglich solche, die in ganz kurzer Zeit fertiggestellt sein müssen, so ist wohl einleuchtend, daß schon allein praktische Rücksichten gegen den ausgedehnten Farbendruck sprechen. Doch die schwerwiegendsten Gründe gegen denselben bieten wohl — und wir glauben bei manchem Prinzipal ein stilles Echo mit dieser unserer Ansicht zu finden — die materiellen. Wir werden uns wohl nicht täuschen, wenn wir annehmen, daß die Mehrkosten der neuen Manier — und diese erwachsen schon bedeutend durch vermehrte Arbeitszeit — doch wohl der Buchbinder zu tragen haben wird, denn wenn ein Buchhändler auch gern moderne

Arbeit geliefert haben will, mehr ausgeben will er eben doch nicht gern: aber er braucht es auch nicht, denn nur um die Arbeit zu erhalten, liefert der Buchbinder die Arbeit schließlich doch auch ohne Preiserhöhung mit Farbendruck. Er hält sich dann schadlos am geringen Material und an den Arbeitslöhnen. Auch das ist ein Zeitbild, nur minder farbenprächtig. Es würde zu weit führen, wollten wir näher auf diese letzte, uns Arbeiter naturgemäß am meisten berührende Schattenseite der Farbendruckmethode eingehen. Wir wollen nur konstatiren, daß wir in dieser Thatsache einen weiteren Grund finden, der gegen die Lebensfähigkeit der neuen Manier spricht, denn wir besitzen leider nicht soviel Aufopferungsvermögen, um die Mehrkosten einer neuen Methode mit Entfagungen unsererseits zu decken. Wir wiegen uns nicht in dem Wahne, durch unsere Ausführungen den einen oder andern Buchhändler oder Buchbinder von der Verwendung des Farbendruckes abbringen zu wollen; es wäre unnütze Hoffnung. Es liegt uns aber daran, die in unseren Kollegentreisen feststehende Verurtheilung der Ausartung des Farbendruckes, als einer Verirrung, auszusprechen. Wir sind überzeugt, früher oder später wird diese Deckenverzierung wieder jenen ruhigen Charakter zeigen, der als am zweckdienlichsten die meiste Berechtigung hat: eine vernünftigtwillige Ornamentik in Gold und Schwarz. Die diesjährige Weihnachtsauslage der Sortimentbuchhändler, die durch ihre Buntheit den Eindruck einer Ausstellung von kartonirten Jugendschriften und Bilderbüchern mit farbigem Ueberzug eher machen wird, als eine solche von Prachtwerken, wird das Verschwinden dieser Ausartung nur beschleunigen, denn sie läutert den Geschmack des Publikums.

An die Mitglieder des Berliner Unter- stützungs-Vereines.

Aus der in dieser No. der „B.-Ztg.“ erscheinenden Korrespondenz Berlin ist ersichtlich, daß in der am Montag den 26. Juli stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung des Unterstützungsvereines Berlin ein Antrag auf der Tagesordnung steht, der den eventuellen Austritt dieses Vereines aus dem Unterstützungsverbände bezweckt. Es ist wohl selbstverständlich, daß der Verbandsvorstand in erster Linie verpflichtet ist, für möglichste Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen und ganz besonders die Bewegung vor der Lähmung zu bewahren, die Folge des Austritts des einen oder andern Vereines aus dem Verbande sein würde. Eine solche würde durch die Annahme des oben erwähnten Antrages für das Fortschreiten unserer Organisation entstehen und aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, den Berliner Mitgliedern, wie auch denen der übrigen Vereine die Ursachen vorzuführen, deren

Wirkung in dem Antrage auf Austritt zu finden ist. Wir sind gezwungen, zu diesem Zwecke bis zum Schluß des vergangenen Jahres zurückzugreifen, um die irrigen Meinungen, die allem Anschein nach über die ganze Angelegenheit unter den Berliner Kollegen verbreitet sein werden, richtig zu stellen.

Unterm 30. Dezember v. J. theilte uns der abtretende Vorstand des Berliner Vereines, Herr Fost mit, daß gelegentlich der Uebergabe der Geschäfte an den neugewählten Vorstand, unter der Leitung des Herrn Wehnert, gefunden wurde, daß ein starkes Defizit in der Vereinskasse vorhanden sei. Um das Gleichgewicht derselben wieder herzustellen, ersuchte uns nun der Vereinsvorstand: 1) „Die Buchbindzeitung,“ die seither vom Berliner Verein, unter Anrechnung der bezüglichen Summen auf den Quartalsabrechnungen regelmäßig gezahlt wurde, von nun ab direkt aus der Verbandskasse zu zahlen. 2) Die Abrechnung pro IV. Quartal 85, 2—3 Monate zu stunden. Der Verbandsvorstand genehmigte den Antrag I, den Antrag II lehnte derselbe jedoch ab als undurchführbar. Der Ausschuß in Hannover gab beiden Beschlüssen seine Zustimmung. Auf die Mittheilung derselben an den Berliner Vereinsvorstand erfolgte keine darauf bezügliche Antwort, aber auch die Einsendung der Abrechnung blieb aus.

Am 19. März d. J. erscheint der Berliner Verein abermals mit einem Gesuch, und handelt es sich um einen bereits ausgebrochenen Werkstufenstreik von 6 Arbeiten von F. & E. Ohne nähere Details über die Veranlassung des Streiks wird ganz kategorisch um die materielle Unterstützung desselben durch den Verband nachgesucht. Um darüber Beschluß fassen zu können, wird vom Verbands-Vorstand die Bekanntgabe der näheren Umstände des Streiks verlangt. Nach Kenntnißnahme derselben wird die Verbandsunterstützung für den Zustand der Arbeiter von F. & E. abgelehnt und zwar mit folgender Motivirung: „Der Verband tritt in solchen Fällen ein, bei denen sich ein Vortheil für die gesammte Collegenschaft durch thatkräftige Unterstützung voraussehen läßt. Bei der allgemein herrschenden Arbeitslosigkeit ist ein Streik einer kleineren Werkstube schon von vornherein als verloren zu betrachten. Mit Verbandsmitteln ist zunächst eine Hebung der Gesamtlage unserer Branche angehörigen im Besonderen und der gesammten Arbeiterschaft im Allgemeinen zu erstreben. Durch Unterstützung eines Werkstufenstreiks werden die Geldmittel des Verbandes ohne Aussicht auf Erfolg planlos verschleudert. Derartige kleine Streiks werden ohne Unterstützung des Verbandes am Orte selbst durch freiwillige Sammlungen zu Ende geführt werden können, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Ist diese Aussicht nicht da, dann ist ein Streik entschieden zu verwerfen.“ Beigefügt wurde die Bemerkung, daß die Bewegung gegen Ueberzeitarbeit in Stuttgart und Leipzig im vergangenen Herbst ohne jede materielle Unterstützung des Verbandes zu Ende geführt wurde, trotzdem dabei Gesamtinteressen im Spiel waren.

Auf die Mittheilung dieses Beschlusses hin theilt der Berl. Vereinsvorstand mit, einen Antrag auf Austritt aus dem Verbande bei der Vereinsgeneralversammlung einzubringen, falls der Verbandsvorstand bei seinem Beschluß beharrt. Der Beschluß des Verbandsvorstands wurde trotzdem aufrecht erhalten. Am 1. März fand die Gen.

Verf. des Berl. Vereines statt. Dem Verbandsvorstande wurde der Beschluß derselben, erst nach erfolgter Mahnung am 23. März zur Kenntniß gebracht. Derselbe lautete ohne jede weitere Begründung: „Der Verein Berlin ersucht um Gestundung der Verbandsbeiträge für Januar und Februar, indem dieselben für Streit-Unterstützungen verausgabt sind.“ Das war denn doch etwas stark. Man ersucht um Gestundung für Januar und Februar und die Abrechnung vom IV. Quart. vor Ende März noch nicht einmal eingeschickt. Bis dahin erhielt der Verein Berlin wöchentlich 600 Zeitungen, trotzdem aus der Anfang April endlich einlaufenden Abrechnung eine Mitgliederzahl von 200—400 ersichtlich war. Die Abrechnung vom I. Quart. und II. Quart. 1886 sind auch eingetroffen, aber Geld ist von Berlin außer der Bezahlung der B.-Btg. bis Nr. 34, 1885, kein Penny an die Verbandskasse abgeliefert worden, trotzdem es der größte Verbandsverein war. Die Schulden des Berliner Vereines beim Verbande beliefen sich schließlich auf ca 500 Mk. Alle Vorstellungen und Aufforderungen des Verbandsvorstandes zur Umkehr von dieser durch planloses Streifen hervorgerufenen Mißwirtschaft, wurden vom dortigen Vereinsvorstande einfach negirt!

Am 2. Juni wurde uns die Mittheilung, daß die Kollegen der Stutifabrik von B. gemäßregelt wurden, weil sie nicht aus dem Verein treten wollten, was ihnen zugemuthet wurde. Ein Antrag auf Unterstützung aus Verbandsmitteln wurde nicht gestellt. Eine dahingehende Anfrage des Verbandsvorstandes wurde nicht beantwortet. Erst Ende Juni ist aus einer Zuschrift des Schriftführers ersichtlich, daß die Unterstützung als Verbandsache betrachtet, jedoch auf Verbandskosten schon bis dahin mit eigenmächtiger Formulirung der Höhe der Unterstützung ausbezahlt werde. Trotz des Verstoßes gegen die Bestimmungen des Statuts, (§ 38) beschloß der Verbandsvorstand die ausgezahlten Beträge auf die Verb.-Kasse zu übernehmen. Die Abrechnung pro II. Quart. enthielt nun an Ausgaben für Gemäßregelte M 612.—; an Einnahmen für Mitgliederbeiträge Mk. 153.—; die Bilanz schließt mit einer Forderung an den Verband von Mk. 116.30! Das überstieg denn doch Alles, was bisher geleistet wurde, die Mittel des Verbandes zu verschleudern, zumal bei Durchsicht der Quittungen für Empfangnahme der Gemäßregelten-Unterstützungen verschiedene Bemerkungen gemacht wurden. Es waren mehrere Namen mit der gleichen Handschrift ausgeführt, andere gleiche Namen waren in zweifacher Handschrift auf den verschiedenen Quittungen zu erkennen. Die Quittungen sind gegenwärtig beim Ausschuß in Hannover, sonst könnten wir dieselben anführen, doch ist wohl einleuchtend, daß auf solche Bemerkungen hin, die Abrechnung pro II. Quart. selbstverständlich beanstandet wurde bis Gewißheit geschaffen, daß keine Unrichtigkeit bei Ausstellung der Quittungen vorliegt. Uns diese Gewißheit zu verschaffen, geben wir die auf den einzelnen Quittungen stehenden Namen, sowie den Betrag, der insgesammt für den einzelnen berechnet wurde, bekannt, und erwarten daß etwaige Unrichtigkeiten von dem Berechnenden uns zur Kenntniß gebracht werden.

Wir bemerken ferner für die auswärtigen Kollegen, daß für den Verheiratheten pro Woche Mk. 15 und für die Ledigen Mk. 10 für dieselbe Zeit berechnet wurde. Die Unterstützungen laufen vom 4. Juni bis mit 3. Juli. Es erhielten die Herren: Beck 50, Brendel 10, Dreitenbach 50, Evers 75, Fiedler 3, Eisen Schmidt 10, Fiese 15, Lonski (y) 50, Matebrand

75, Noak 10, Richter 30, Riewald 60, Schneider 75, Schwarz 9, Wesely 75 Mk.; eine Quittung über Mk. 15 ist unleserlich bezüglich des Namens. Bis dahin sind augenblicklich die Verhältniße geblieben. Die Berliner Mitglieder werden einsehen, daß der Verbandsvorstand nur berechtigt handelte, als er angesichts der Thatfachen der zweifelhaften Unterschriften die Abrechnung pro II. Quart. 1886 beanstandete, bis nachgewiesen, daß keine Unrichtigkeit bei der Auszahlung vorliegt. Wir ersuchen deshalb, falls der eine oder andere oben Aufgeführte irgend welche Unrichtigkeit in der angegebenen Summe findet, dies sofort an uns zu melden.

Man kann es uns glauben, es fällt uns wirklich schwer, derartige Angelegenheiten in unserem Organ veröffentlicht zu müssen, was uns aber dazu zwingt, daß ist das Interesse an unserer Organisation, die nothgedrungen zu Grunde gegangen wäre, wenn wir nur noch einen Verein mit solch' geringem Entgegenkommen für die Verbandsleitung hätten, dessen Mitglieder theilweise nicht einmal von der Ansicht durchdrungen sind, daß der Verband nicht nur wegen ihnen besteht, sondern der gesammten Collegenschaft wegen. Anstatt in Berlin, der sogenannten „Metropole der Intelligenz“, geistige Bundesgenossen und thatkräftige Unterstützung im Streben nach Verbesserung der Gesamtlage unserer Berufsgeossen zu finden, wird es uns leider immer klarer, daß wir es in dem Berliner Vorstand theilweise mit Männern zu thun haben, die direkte Gegner unserer Organisation sind (wie uns thatsächlich von einem Vereinsvorstands-Mitglied bestätigt wird) und jede Gelegenheit benützen, um der Leitung derselben Hinderniße in den Weg zu legen und ihr das ohnehin schon schwierige Amt der Geschäftsführung leichtfertig erschweren. Wahrlich, wenn nicht das Pflichtgefühl und Bewußtsein des Vertrauens der anderen Verbandsvereine wäre und der Glaube an einen schließlichen Erfolg der Sache, die wir vertreten, wir hätten Angeichts der Schikanen des Berliner Vereinsvorstandes schon lange Ursache gehabt, von der Leitung der Geschäfte zurückzutreten.

Wir sind nun am Schluß und überlassen den Berliner Mitgliedern am 26. Juli ihre Stimme für den Austritt aus dem Verbande abzugeben oder nicht. Wir hielten es nur für unsere Pflicht, durch diese Zeilen zur Klärung der Verhältniße beizutragen. Fällt die Mehrheit der Mitglieder eine selbstständige Stellung des Berliner Vereines für ihre Ziele besser angedacht: Wir müssen uns fügen; will der Verein jedoch Verbandsmitglied bleiben, dann soll es uns als im Interesse der Gesamtheit liegend, willkommen sein, wenn — der jetzige Vereinsvorstand eine Aenderung seines Benehmens uns gegenüber eintrien läßt, oder aber Männer an der Spitze des Vereines stehen, die Achtung genug vor den Bestimmungen einer, von der Gesamtheit autorisirten Leitung besitzen, um dieselben nicht mit Füßen zu treten. Tritt dies nicht ein, dann werden wir unsern Entschluß zu fassen haben.

Stuttgart.

Der Verbandsvorstand.

Correspondenzen.

Berlin. Auf der Tagesordnung der Vereinsversammlung vom 5. d. M. stand:

1. Ueber Preis- und Handvergoldnen;
2. Wahl eines Lokalexpedienten für die Zeitung;
3. Verschiedenes;

Wegen zu schwachen Besuches mußte der 1. Punkt der Tagesordnung abgesetzt werden. Bei der Wahl eines Expedienten entspann sich eine lange Debatte darüber, welche Arbeiten der zu Wählende übernehmen müsse, dieselbe verließ jedoch in sofern resultatlos, als ihm dieselben Arbeiten übertragen wurden, die der bisherige zu besorgen hatte. Gewählt wurde Herr

Leo Schüler Baldemarstr. No. 33. Da in der Debatte mehrfach darauf hingewiesen wurde, daß die besoldeten Beamten des Vereins die Expedition mit übernehmen sollten, erklärte Herr Rehner, daß er von jetzt ab vollständig auf seinen Gehalt als Vorstandsmitglied verzichte. Somit sind jetzt, mit Ausnahme des Kassierers, alle Aemter des Vereins unbesoldet, die Verwaltungskosten also auf das äußerste Minimum herabgesetzt.

Berlin. Bei der am 12. d. Monats abgehaltenen Generalversammlung des Unterstützungsvereins traf uns wieder dasselbe Loos, wie vor acht Tagen. Da man es nicht für angebracht hielt, eine solche Tagesordnung vor so wenig Mitgliedern zu verhandeln, wurde: „1. Vorlage der Abrechnung pro 2. Quartal; 2. Interpellation an die ehemalige Preßkommission,“ von der Tagesordnung abgesetzt. Unter Verschiedenes ersuchte Kollege Kerkhoff, noch alles mögliche zu thun, um einen regen Abgang der Willete zu der am 19. d. M. stattfindenden Dampferpartie, zur Feier des „Guten Montags“ herbei zu führen, da die Abnahme bis jetzt eine sehr geringe sei. Herr Kämmerer beklagt sich darüber, daß am letzten Sonnabend einem der bei Weber Gemahregelten die Unterstützung vorenthalten worden sei, was einer bekomme, müßten auch alle bekommen. Die Herren Freudenreich, Rehner, Linke u. a. sind jedoch der Ansicht, daß solche Maßnahme wohl zu rechtfertigen sei, zumal wenn das Geld knapp. Verheiratete Leute müsse man wohl unterstützen, bis sie anderweitig wo Arbeit gefunden, wenn ein junger lediger Mann aber 5 Wochen die Unterstützung bezogen und keine Aussicht auf Arbeit habe, sei es nicht mehr wie seine Pflicht, Berlin zu verlassen, und anderswo Arbeit zu suchen. Dem zweiten unverheirateten habe man es nicht entzogen, weil er bei der Raabregelung unmittelbar vor der Hochzeit gestanden, also ebensowohl an den Ort gebunden sei, wie wenn er verheiratet wäre.

Dann bringt Kollege Raubut einen Antrag ein, der den Verein Berlin, wegen der Verlegung der Zeitung und Beanspruchung der letzten Abrechnung seitens des Verbandsvorstandes, zum Austritt aus dem Verband veranlassen soll. Rehner verlangt auch Herr Linke seine Interpellation vorbringen zu können.

Herr Linke und mehrere andere Redner tabeln das Verfahren des Verbandsvorstandes und namentlich des Herrn Rohmann bei Verlegung der Zeitung. In voriger Versammlung sei nichts hierüber gesagt, weil man gegen die Verlegung selbst nichts sagen wollte, trotzdem die Gründe hierfür nicht besonders stichhaltig seien.

Daß auch der Buchdrucker nicht in Kenntniß gesetzt sei, sondern erst im Manuscript gelesen habe, daß er die Zeitung zum letzten Male drucke, müsse unbedingt gerügt werden, denn Herr Röwer beschäftige auf das Blatt hin einen Seker mehr, und diesem habe er doch 14 Tage Lohn zahlen müssen, ohne direkt Beschäftigung für ihn zu haben. Herr Rohmann habe sich unbedingt schon länger mit diesem Plane getragen, Herrn Röwer also auch schon früher auf die Möglichkeit der Verlegung aufmerksam machen können. — Auch Herr Rohmann ist der Ansicht, daß eine Entscheidung an den Drucker gezahlt werden müsse. Im Uebrigen habe er nach seiner Uebersetzung richtig gehandelt, eine ausführliche Rechtfertigung werde er jedoch nur einem Verbandstage vorlegen. Hierauf erklärt Herr Röwer, daß er auf eine Entschädigung verzichte, jedoch von einer Arbeiterorganisation eine coulantere Handlungsweise erwartet habe.

Damit ist die Sache erledigt und man geht zu dem Antrag des Herrn Raubut über. Der Antrag plagte recht unerwartet in die Versammlung, da außer einigen Vorstandsmitgliedern niemand etwas von einer beanstandeten Abrechnung wußte. Dieserwegen war bei der Interpellation auch schon manche mißgünstige Aeußerung gefallen.

Der Schriftführer verlas und erläuterte die mit dem Verbandsvorstand geführte Korrespondenz, aus welcher hervor geht, daß der Verband die Unterstützung der Gemahregelten übernommen, die Wichtigkeit der Abrechnung im Allgemeinen bestätigt, jedoch einige Empfangsbefehinungen der Unterstützten angezweifelt hat.

Darauf bemerkt Kollege Jost, daß die Angelegenheit nun einen ganz andern Eindruck mache als zuerst, und da zur Vorlegung der Abrechnung doch eine zweite Generalversammlung notwendig, beantragt er, die Diskussion für heute abzubrechen, und den Antrag Raubut erst in der nächsten Generalversammlung zu erledigen.

Der Antrag Jost wird mit ganz geringer Majorität angenommen, und da nichts weiter vorliegt, die Versammlung geschlossen.

Die „außerordentliche General-Versammlung“ findet Montag, den 26. Juli statt, und machen wir es allen Mitgliedern des Vereins zur Pflicht in

dieser Versammlung zu erscheinen. Der Zutritt kann jedoch nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet werden.

(Mit diesem Bericht ist ein zweiter Bericht über die „Generalversammlung“ des Berliner Vereins eingelaufen, den wir, obwohl in der Hauptsache mit Obigem übereinstimmend, doch unzerlegt bringen, da derselbe bei den für die Allgemeinheit der Verbandsgenossen wichtigeren Theilen ausführlicher gehalten ist und dadurch als Ergänzung dienen kann.)

Berlin. Am 12. Juni fand die Generalversammlung des hiesigen Unterstützungsvereins statt. Auf der Tages-Ordnung stand der Kassenericht für das II. Quartal und ferner eine Interpellation des Kollegen Linke an die Verbandspreßkommission betreffs der Verlegung des Verbandsorgans von Berlin nach Stuttgart, außerdem Verschiedenes und Fragekasten. Des schwachen Besuchs wegen wurden die ersten zwei Punkte zur nächsten Vers. vertagt und unter „Verschiedenes“ zu lebhafter Betheiligung an der Wasserpartie aufgeführt und ferner einige Streitfragen bezügl. der Unterstützung der gemahregelten Etuarbeiter erledigt. Es geht sodann von Kollegen Raubut ein Antrag ein, dahingehend: der Verein solle aus dem Verbande austreten, weil die Abrechnung des Berl. Vereins vom Verbandsvorstande beanstandet und die „Buchbinder-Zeitung“ von Berlin fortgenommen sei. Herr Rehner motivirt diesen Antrag, doch entziehen sich seine Aeußerungen der Wiedergabe an dieser Stelle, da sie sich nur in maßlosen Angriffen auf den Verbandsvorstand und den seitherigen Redakteur bezogen. Die Versammlung beschließt, diesen Antrag zu diskutieren, doch wird weiter beschlossen, daß die schon vertagte Interpellation Linke vorher ihre Erledigung finden soll. Es erhält demzufolge zunächst der Interpellant das Wort. Derselbe führt aus, daß, wenn er auch über die Verlegung nicht weiter sprechen wolle, die Art und Weise wie das geschehen, ihn heftig alterirt habe. Ramentlich liege in der plötzlichen Verlegung der Zeitung eine Eigenmächtigkeit des Verbandsvorstandes und der Preßkommission, sowie eine den bisherigen Drucker schädigende Rücksichtslosigkeit, die sich eine Arbeitercorporation, welche die Solidarität der Arbeiterinteressen auf ihre Fahne geschrieben habe, nicht zu schulden kommen lassen dürfe. Der Drucker hätte mindestens 14 Tage vorher davon verständigt werden müssen. Ihm dem Interpellanten erscheine die Sache nicht klar und er verlange von der Verbandspreßkommission genaue Auskunft über die in der ganzen Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen. Rohmann erwidert, daß man über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Verlegung wohl zweierlei Meinung sein könne, wenn aber, wie Vorredner ausgesprochen habe, der Schwerpunkt der Interpellation das Verhältniß zum bisherigen Drucker beträfe, so müsse er (Redner) zwar selbst die augenblickliche Schädigung derselben bedauern, doch könne unmöglich daraus eine Kardinalfrage gemacht werden, da die geforderte Rücksicht auf die Verhältnisse des Druckers doch keineswegs dazu führen dürfe, die Rücksicht auf die Institution des Verbandes außer Augen zu lassen. Seiner Meinung nach sei der Drucker der Zeitung wegen da und nicht umgekehrt. Was die verlangte Auskunft über die bei Verlegung der Zeitung gepflogenen Verhandlungen zc. betreffe, ist Redner der Ansicht, daß der Redakteur als Verbandsbeamter über seine Maßnahmen, resp. die der Preßkommission nur dem Verbandstag Rechenschaft abzulegen verpflichtet sei, nicht aber einem einzelnen Verein. Die jetzt folgende Diskussion war eine außerordentlich erregte und gleich einem Kampfe mit vergifteten Waffen. Wenn man ferner bedenkt, daß fast sämtliche Redner als wichtigstes Moment bei der Verlegung der Zeitung die Rücksicht auf die Interessen des Buchdruckers hervorhoben, so muß man wohl die Ueberzeugung gewinnen, daß es lediglich die Lust am Krach war, von der die Herren getrieben wurden. Rohmann wies zwar alle auf ihn selbst und auf den bisherigen Verleger Kollegen Schießel gehäuften Angriffe energisch zurück, doch hielt Interpellant sowohl, als auch die übrigen Gegner den Vorwurf der „Schieberei“, des „unehrlichen Spiels“ etc. aufrecht. Einen Beschluß zog die Debatte nicht nach sich. Zu Beginn der nun folgenden Berathung über den Antrag Raubut wird von der Versammlung die Vorlesung der vom Verbandsvorstand an die hiesige Vereinsleitung gerichteten Briefe gefordert. Aus den verschiedenen Schriftstücken ergab sich so ziemlich das Gegenheil von dem, was Rehner und Freudenreich als Unterlage für ihre Angriffe gegen den Verbandsvorstand benützt hatten. Auf Antrag Jost wird folgebefehl beschlossen, den Antrag Raubut auf die folgende Vereinsversammlung zu vertagen.

Söppingen. Am Pfingsten wurden wir durch den Besuch von Abgeordneten des Stuttgarter Fachvereins erfreut, welcher zur Folge hatte, daß die alten Mitglieder in ihrer Gesinnung bestärkt wurden, außerdem

haben sich 5 neue Mitglieder angemeldet, ja wir sind zu der Hoffnung berechtigt, daß sich noch mehrere unserer Organisation anschließen werden.

Wenn Einigkeit unter den Kollegen nothwendig ist, so ist es hier geradezu ein Bedürfniß. Die Verhältnisse liegen hier so: es existiren 2 Copierbücher, 3 Cartonagen- und ein Sortimentgeschäft mit Gehilfen. Die Arbeitszeit beträgt Winters 11 Stunden, Sommers aber, in der schlechten Zeit, müssen es 12 Stunden sein, wahrscheinlich in der löblichen Absicht, um pro Bude einen auf die Straße werfen zu können. Der Durchschnittslohn beträgt 14 Mark, der meistbezahlte 12 Mark. Wie nun zu den 2 Uebeln, hohe Arbeitszeit und schlechter Lohn, sich ein drittes gesellt, nemlich schlechte Behandlung, dafür möge folgender Vorfal dienen:

Ein Kollege in der Copierbücherfabrik von Claus u. Meyer ließ sich durch einen jugendlichen Arbeiter ein Glas Wasser holen, dieß erregte das Mißfallen des Meisters, eines etwa 21jährigen Mannes, Pöps mit Namen; der jugendliche Arbeiter erhielt für seinen Liebesdienst eine Ohrfeige, mit dem Arbeiter selbst fing er einen kolossalen Krach an, ja er machte Niemandem das Glas vom Rande zu reißen.

Dieser Vorfal steht jedoch in der Amtsführung jenes Herrn nicht vereinzelt da, doch möge dies vorläufig genügen, wie sich denn über Lohn und Behandlung sehr vieles schreiben ließe.

Rundschau.

* In Berlin gibt es gegenwärtig 35,330 Handwerksmeister, welche zusammen 62,452 Gesellen und 13,284 Lehrlinge beschäftigen. Von diesen 35,330 Meistern gehören 13,249 den verschiedenen Zünften an, mithin nur eine verschwindende Minderheit.

* Der Schuhmacherstreik in Zürich ist noch nicht zu Ende. Die kleinen Meister haben eingewilligt, aber drei große Geschäfte, die am ersten die Forderungen bewilligen könnten, geben nicht nach.

* Die Maurer Buge und Bärdwalde als Vorstandsmitglieder des Fachvereins der Maurer in Spandau wurden wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu je 15 Mk. verurteilt. Der genannte Verein wurde geschlossen.

* Ueber die Ueberszahl der Lehrlinge im Verhältniß zur Zahl der Gesellen wird vielfach Klage geführt. Es ist interessant, aus der zuletzt veröffentlichten amtlichen Statistik festzustellen, daß bei Zünftsmeistern in Berlin die Zahl der Lehrlinge verhältnißmäßig größer ist, als bei den Nichtzünftsmeistern. Es kommen nämlich bei den Zünftsmeistern 10 Lehrlinge auf 42, bei den Nichtzünftsmeistern 10 Lehrlinge auf 53 Gesellen.

* 180 Pfennige Lohn für schwere Arbeit! Die beim Bau der Wasserleitung zu Passau beschäftigten Erdarbeiter haben den Streik erklärt, nachdem ein Gesuch um Aufbesserung des Lohnes, der ungefähr 80 Pfg. pro Tag beträgt, erfolglos geblieben war. Welche Unsumme von Zimmer und Glend liegt in dieser einfachen Notiz!

* Die Vorstandsmitglieder eines in Rixdorf bestehenden Ortsvereins der Hirsch-Dunkerschen Gewerkevereine waren der Uebertretung des Vereinsgesetzes beschuldigt, weil sie für Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, vorgeschriebene Einreichung der Mitgliederlisten unterlassen hatten. Das Schöffengericht in Rixdorf verurtheilte die Beklagten zu Geldstrafen. Das Landgericht Berlin II. sprach sie frei, weil die auf eine gewerbliche Frage bezüglichen Verhandlungen des Vereins nicht als Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten betrachtet werden könnten.

* In einem Fachblatt vom 16. Juli finden wir folgendes Inserat: „Falzerinnen und Hefterinnen tüchtige, finden bei lohnender Akkordarbeit dauernde Kondition. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Beifügung der Photographie unter R. W. 458 a. d. Exp. d. Bl. erbeten.“

Daß weibliche Arbeitskräfte in Buchbindereien

gesucht werden, wäre wohl keine Neuheit, daß aber auch die Befügung der Photographie nöthig ist, dürfte wohl den Collegen etwas Neues sein. Abgesehen davon, daß „Gehaltsansprüche“ sich zur Akkordarbeit sehr sonderbar macht, sieht die Befügung der Photographie so aus, als wenn nur „hübsche Mädchen“ Aussicht auf Einstellung hätten und denselben auch noch Aussicht eröffnet würde auf — glückliche Heirath! Wird doch wohl kein Heirathsvermittlungsbureau mit der Buchbinderei verbunden sein.

* Reichsversicherungsamt. Die kürzlich stattgehabten Wahlen für die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes haben von Seiten der Arbeitervertreter auch die Wahl eines Buchbinders ergeben und zwar fielen 861 427 Stimmen auf den Werkführer der A. Niffarth'schen Buchbinderei in M.-Glabbach Herrn C. R. Christ, der somit als erstes nichtländiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes gewählt ist.

Verschiedenes.

— Der Normalarbeitstag und die Gesundheit der Arbeiter. In den „Schweizerischen Blättern für Gesundheitspflege“ wird die Frage aufgeworfen: Ob dem Normalarbeitstag wirklich eine so hohe Bedeutung zukomme. Die Antwort der Redaktion genannten Blattes lautet: „Gewiß, derselbe ist von großer prinzipieller Wichtigkeit in der Arbeitergesundheitspflege, wemgleich seinerzeit kein geringerer als Bismarck dagegen war. Letzteren vermögen wir überhaupt in hygienischen Fragen nicht als größte Autorität zu betrachten, sonst hätte er nicht auch eine Vertheilungsbrede zu Gunsten des Schnapfes gegenüber dem Biere halten können. Die exakte Beobachtung einer bestimmten, nicht übermäßig langen und strengen Arbeitszeit unter der Bezeichnung Normalarbeitstag ist für das körperliche, geistige wie sittliche Wohlbefinden der Fabrikbevölkerung von hohem, leider gerade von den interessirten Kreisen oft nicht genügend anerkanntem Werthe. Jeder Menschen- und Volksefreund gibt zu, daß, um ein wirklich menschenwürdiges Dasein zu haben, ein gehöriges Maß körperlicher Ruhe nach vollbrachten, nicht zu lange dauernendem Tagewerk durchaus nöthig sei. Der industrielle Arbeiter, zumal derjenige mit einseitigem Posten an der Maschine, soll ausreichende Muße haben, seinen Geist durch Betheiligung an edlen, gesellschaftlichen Genüssen, in Vereinen, durch Lektüre eines guten Buches zu bereichern, sich seiner Familie zu widmen, um sich erst dann auch recht als Mensch zu fühlen.“

— Ein Altonaer Kolportagebuchhändler offerierte als Prämie zu einem Schauer-Romane, betitelt „Der 17fache Mord in Lemesvar“, bei Abnahme von 50 Heften eine weiße Pflingsthohe und eine Anweisung auf zweimaliges Haarschneiden und Haarbrennen. Das ist wenigstens etwas Praktisches.

— Die amerikanische Bücherproduktion bleibt weit hinter der deutschen zurück; sie belief sich 1885 auf 4030 neue Werke, von denen u. a. 934 auf Dichtkunst, 435 auf Theologie, 431 auf Gesehwissenschaft, 388 auf Jugendschriften, 255 auf Erziehung und Sprachen, aber nur 18 auf Humor und Satire kommen.

— Zur Feststellung der Begriffe „Krankheit“ und „Neue Krankheit“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes sind in Hamburg die Gerichte angerufen worden. Ein mit einem chronischen Lungenleiden Befasster war aus der ärztlichen Behandlung als gebessert entlassen worden und hatte seine Beschäftigung wieder aufgenommen, nahm aber bald nachher die volle Krankenunterstützung wieder in Anspruch. Die Kasse ver-

weigerte diese, da eine neue Erkrankung nicht vorliege und es kam zum Prozesse. Das Landgericht als erste Instanz wies den Kläger kostenpflichtig ab, weil „Krankheit nicht Störung des gewöhnlichen Gesundheitszustandes jedes einzelnen Menschen, sondern die Störung des im Allgemeinen bei allen Menschen beobachteten, als Gesundheit angesehenen Zustandes“, daher die zeitlich getrennten Zustände des Klägers eine Krankheit seien. Das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz hingegen gab dem Kläger Recht, indem es ausführte, „krank im Sinne des Gesetzes ist, wer und so lange er der ärztlichen Hilfe bedarf, gesund, wer keinen Arzt nöthig hat und deshalb seinem Erwerbe nachgehen kann“. Das Gesetz unterscheidet nicht, ob die Krankheit aus einer krankhaften Anlage des Organismus des Betroffenen oder aus einer gelegentlichen Störung des Gesundheitsnormales resultire, vielmehr komme es nach § 6 des Gesetzes nur darauf an, ob bei dem Betroffenen der Fall einer die ärztliche Hilfe erheischenden Störung seines Befindens konstatiert sei.

— Die Erfurter Polizeiverwaltung hat die in Altona seßhafte Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser und Stukatoren Deutschlands, genannt „Grundstein zur Einigkeit“ e. S., als vom Krankenversicherungszwange befreit nicht anerkannt und zwar auf Grund des in Erfurt ortsbüchlichen Tagelohnes.

Arbeitsmarkt.

Heidelberg. Geschäftsgang flau. Mit Ausnahme zweier Firmen, wo es wegen dem Feste stark geht. Arbeitskräfte stark vertreten.

Briefkasten.

D. F. in R. Einen Verein „Schräge Karte“ gibt es in Berlin nicht.

H. W. Der „Rahmruf an die Handwerker“ ist, so gut er vom Verfasser gemeint sein mag, doch nicht für unsere Zeitung geeignet, da auch das Innungswesen keine richtige Wandlung in der Lehrlingsfrage herbei führen wird. Das zeigt die Angabe des statistischen Amtes in Berlin: Dasselbst gibt es 13,249 Innungsmeister mit 31,988 Gehilfen und 7,554 Lehrlingen. Nichtinnungsmeister gibt es dasselbst 22,081 mit 30,465 Gehilfen und 5,730 Lehrlingen. Demnach zählen die 13,249 Innungsmeister 1824 Lehrlinge mehr wie die 22,081 Nichtinnungsmeister (!)

B T - Y - r: Dankend erhalten. Kommt in nächster Nummer.

Anzeigen.

[197] Offenbach a. M. [M. 1.10]

Fachverein der Portefeiniker, Buchbinder u. verwandten Berufsgenossen.

Sonnabend, den 31. Juli, Abds. 9 Uhr im Vereinslokal, Domstraße 4.

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

[198] [M. 0.80]

Fachverein Erfurt.

Sonntag, den 1. August, Abds. 7 1/2 Uhr findet die Feier unseres

III. Stiftungsfestes bestehend in Theater und Ball,

in den oberen Sälen der Karthause statt. Hiezu ladet alle Collegen und Gönner ein
Der Vorstand.

[199] [M. 0.40]

Bei meiner Rückreise nach Brasilien wünsche ich allen meinen Freunden und Collegen ein herzlich Lebewohl
Hamburg. Fr. Gerlach.

[200] [M. 2,20]

Fachverein Stuttgart.

Samstag, den 24. Juli Abds. punkt 1/2 9 Uhr

Versammlung

im Gasthaus „Zu den drei Raben“, Steinstraße 12 I.

Tagesordnung:

1. Stiftungsfest und Guter Montag.
2. Fragelasten.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Ausschuß.

NB. Zu dem am Sonntag den 25. Juli von Abends 6 Uhr ab stattfindenden

Familien-Abend

laden wir hierdurch nochmals unsere Mitglieder freundlichst ein. Derselbe wird abgehalten im Geiger'schen Wirtschaftsgarten, Hauptkatterstr. No. 122.

Neben der Illumination des Gartens ist für reichhaltiges und abwechselndes Programm Sorge getragen. Eingeführte Freunde haben Zutritt.
D. D.

[201] [M. 1,50]

Buchbinder-Fachverein

Heidelberg.

Sonntag, den 1. August

I. Stiftungsfest

Nachmittags Ausflug über das Schloß Wolfbrunn, Kummelbacher Hof, nach Redargemünd. Abds. Retourfahrt auf dem Neckar. Dann Commerc und Abendunterhaltung in den Lokalitäten des Gasthauses zum Falken.

Alle Collegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

[202] [M. 2,30]

Central-Kranken- u. Begräbnis-Kasse für Buchbinder u. verw. Geschäftszweige. Verwaltungsstelle Bonn.

Sonnabend, den 24. Juli im Kassenlokal, Burgstraße 12

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahl eines Beisitzers.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Sonnabend, den 31. Juli, im Gasthaus Rebstock, Kreuzgasse 4

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Protokoll-Berlesung.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Wahl eines Vorsitzenden, resp. Ersatzwahl.
4. Lokalfrage.
5. Bericht über die Generalversammlung.
6. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

[182] [M. 0.30]

Neue-Welt-Kalender 1887

empfehlst. H. Schimenz.

[173]

